



Presseschau vom 19.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Stuart Waiton: Maskenpflicht und Impfpass sind ein Kniefall vor der überdrehten Gesundheits- und Sicherheitsmoral

Bei den illiberalen Maßnahmen westlicher Nationen gegen die COVID-19-Pandemie geht es weniger um "die Wissenschaft", dafür umso mehr um einen besorgniserregenden Kurswechsel in der Politik. Einige sehr grundlegende Freiheiten, die wir traditionell genossen haben, sind in großer Gefahr. ...

<https://kurz.rt.com/2nwn>

Björn Kawecki: Deutscher Michel, wem gibst du deine Stimme?

Seit der Flüchtlingskrise 2015 ist die Corona-Krise zweifellos das erschütterndste Ereignis für die deutsche Gesellschaft und ein Ende ist immer noch nicht in Sicht. Wird die anstehende Bundestagswahl eine Abrechnung mit der Corona-Politik? ...

<https://kurz.rt.com/2nq8>

Kit Klarenberg: Facebook, Google & Co. führen einen Krieg gegen den Terror – und verdienen damit Billionen

Ein kürzlich erschienener Bericht hat die Verstrickungen der Silicon-Valley-Riesen mit dem US-amerikanischen Staat offengelegt und die Milliarden von US-Dollar offenbart, die sie seit dem 11. September mit dem "Krieg gegen den Terror" verdient haben. ...

<https://kurz.rt.com/2nwm>

de.rt.com: "**Pandemie in den Rohdaten**": **Correctiv vs. "Erbsenzähler" Marcel Barz**
Im erst gelöscht und nun wieder abrufbaren Film "Die Pandemie in den Rohdaten" untersuchte der Datenanalyst Marcel Barz, ob sich die COVID-19-Pandemie statistisch belegen lässt. Kein Wunder, dass die Faktenprüfer von Correctiv auf ihn aufmerksam wurden.

...

<https://kurz.rt.com/2nwxy>

snews.de: **US-Behörde lehnt Pfizer-Auffrischungsimpfung nach Studien über nachlassende Wirkung ab**

Die US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel FDA hat einen Aufruf von Pfizer zur Einführung von Corona-Auffrischungsimpfungen abgelehnt, nachdem neue Daten einen starken Rückgang in der Effizienz der Pfizer/Biontech-Spritze nur vier Monate nach der Impfung gezeigt hatten. ...

<https://snews.de/20210919/pfizer-auffrischungsimpfung-3631263.html>

Rachel Marsden: **Amerikas Verrat an Frankreich: Wird Macron die NATO verlassen?**

Die Wut auf Washington hat in Paris fast stratosphärische Dimensionen erreicht. Ein angeschlagener Präsident Macron könnte dem Beispiel von Charles de Gaulles folgen, der in den 1960er-Jahren dem transatlantischen Militärbündnis "Au Revoir" gesagt hat. ...

<https://kurz.rt.com/2nxf>

de.rt.com: **Eine kurze Geschichte der militärischen Interventionen der USA – Teil 1 (1976–1989)**

Immer wieder haben sich die USA in andere Länder eingemischt, oft durch Entsendung des Militärs, in vielen Fällen unter völliger Missachtung des Völkerrechts. Dieser Text soll zumindest über die Einsätze nach dem Ende des Vietnamkriegs einen Überblick verschaffen.

...

<https://kurz.rt.com/2ngv>

abends/nachts:

snews.de: **Streit um U-Boot-Deal: Vertrauen zu Australien in Europa untergraben – Paris**

Clément Beaune, französischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten, hat sich gegenüber Medien zu Australiens Entscheidung geäußert, einen milliardenschweren Deal über die Lieferung von französischen U-Booten zugunsten des Erwerbs von US-amerikanischen und britischen Atom-U-Booten zu kündigen.

Durch seinen Schritt habe Australien nicht nur das Vertrauen von Paris, sondern auch von ganz Europa enttäuscht, sagte Clément Beaune dem TV-Sender France 24.

„Ich weiß nicht, wie wir unseren australischen Partnern jetzt vertrauen können. Und das war kein Schritt gegen Frankreich, es war ein Vertrauensbruch gegenüber Europa“, so Beaune. Nach dem Vorfall mit Canberra sollte Europa seine strategische Autonomie und Verteidigung stärken, hieß es weiter. Beaune vertritt die Ansicht, dass die europäischen Länder nun handeln und nicht abwarten müssten, was die USA, die ihre eigenen Interessen verteidigen, weiter tun würden.

Australien hatte am Donnerstag bekannt gemacht, sich im Rahmen einer neuen Sicherheitsallianz mit den USA und Großbritannien U-Boote mit Atomtrieb beschaffen zu wollen. Frankreich hatte darauf bereits sehr verärgert reagiert und von zerstörtem Vertrauen mit Australien gesprochen. Australiens Entscheidung, statt konventioneller U-Boote mit

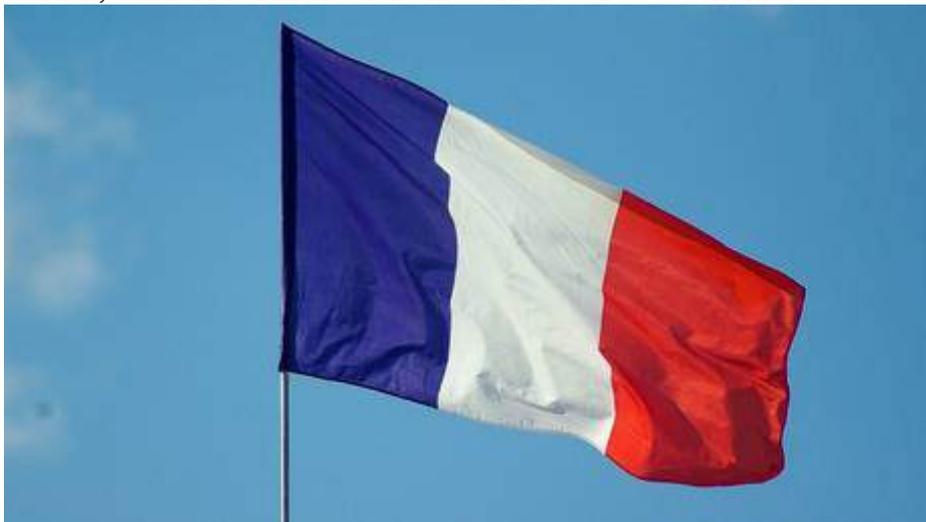
französischer Hilfe nun nuklearbetriebene U-Boote mit amerikanischer und britischer Unterstützung zu bauen, bedeutet für Frankreich den Verlust einer 56-Milliarden-Euro-Vereinbarung.

Wegen des Streits um das geplatze Geschäft hat Frankreich seine Botschafter aus den USA und Australien zu Konsultationen zurückgerufen. Am Freitagabend teilte Außenminister Jean-Yves Le Drian in Paris mit, dass dieser außergewöhnliche Schritt auf Wunsch von Präsident Emmanuel Macron unternommen worden sei.

Le Drian bezeichnete die Kündigung des U-Boot-Deals durch Australien als einen „Stich in den Rücken“ und warf Canberra vor, das Vertrauen Frankreichs verraten zu haben. „Dies geschieht nicht unter Verbündeten“, äußerte er. Australien lehne ein Abkommen für eine strategische Partnerschaft ab, das „eine Menge Technologietransfers und einen Vertrag mit einer Laufzeit von 50 Jahren“ beinhalte.

Die französische Botschaft in den USA hat am Freitag eine feierliche Gala zum 240. Jahrestag der Seeschlacht vor der Chesapeake Bay abesagt.

US-Präsident Joe Biden, Australiens Regierungschef Scott Morrison und der britische Premierminister Boris Johnson hatten zuvor ihre neue Allianz AUKUS verkündet, die sich nach Ansicht von Sicherheitsexperten eindeutig gegen die militärische Bedrohung durch China im Indopazifik richtet. Dazu gehört auch der Bau der U-Boote. Biden sprach von sich „rasch entwickelnden Bedrohungen“. In den kommenden 18 Monaten solle ein Weg gefunden werden, damit Australien solche modernen U-Boote bekomme.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0c/3196265_0:173:1920:1253_1920x0_80_0_0_223a64839da88711ee10b003f2499b13.jpg

snnews.de: **Pentagons Warnung an Europa: Moskau birgt größeres Sicherheitsrisiko als China**

Nach Ansicht eines stellvertretenden US-Verteidigungsministers könnte Russland kurzfristig größere Sicherheitsherausforderungen für die Vereinigten Staaten und Europa darstellen als China.

„In den kommenden Jahren könnte Russland, dem wir im militärischen Bereich gegenüberstehen, tatsächlich die wichtigste Sicherheitsherausforderung für die Vereinigten Staaten und sicherlich für Europa darstellen. Russland ist ein zunehmend selbstbewusster Gegner, der weiterhin entschlossen ist, seinen globalen Einfluss zu verstärken und eine störende Rolle auf der globalen Bühne zu spielen, auch durch Versuche, den Westen zu spalten“, sagte der stellvertretende Verteidigungsminister für politische Angelegenheiten und Sicherheitsfragen, Colin Kahl, am Freitag auf der von Litauen veranstalteten Baltischen Militärkonferenz.

Der Pentagon-Beamte sagte, dass China zwar die „aufsteigende Bedrohung“ für Washington

und seine Verbündeten sein könnte, Russland jedoch kurzfristig ein größeres Problem darstellen könnte, gemessen an seinem Verhalten in Europa, dem Nahen Osten, Asien und dem Cyberspace.

„Moskau untergräbt viel zu oft Transparenz und Vorhersehbarkeit, setzt militärische Gewalt ein, um seine Ziele zu erreichen, unterstützt Proxygruppen, um Chaos und Zweifel zu säen, unterminiert die regelbasierte internationale Ordnung“, sagte Kahl.

Ihm zufolge beobachtet Washington weiterhin genau russische Militäraktivitäten entlang der Ostflanke der Nato und in der Schwarzmeerregion und wird mit Moskau aus einer Position der kollektiven Stärke interagieren. Zudem würden die US-Streitkräfte in Europa stark und flexibel bleiben, um „glaubwürdige und wirksame Abschreckung“ zu gewährleisten, so Kahl. Gleichzeitig schließe die US-Regierung nicht aus, den Dialog mit Moskau wieder aufzunehmen, sollte die russische Regierung ihr Verhalten ändern, sagte der Pentagon-Beamte.

Die Baltische Militärkonferenz ist eine jährliche Sicherheitsveranstaltung, die vom litauischen Verteidigungsministerium und der Militärakademie General Jonas Zemaitis organisiert wird. In diesem Jahr trug die Konferenz den Titel „Der Westen in einer neuen Ära der Großmachtrivalität“ und konzentrierte sich auf die transatlantische Antwort auf die Sicherheitsherausforderungen Russlands und Chinas.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/12/3629050_0:0:3000:1688_1920x0_80_0_0_f630f3c89964df7bd05267ef9655d2ee.jpg

snnews.de: **Grünen-Europaabgeordneter warnt bei Nord Stream 2 vor „Investitionsruine“**

„Das Triumphgeschrei, mit dem die russische Seite die Fertigstellung der Nord Stream 2 Pipeline feiert, ist verfrüht“, sagte Bütikofer der Deutschen Presse-Agentur.

Auch wenn Nord Stream 2 jetzt gebaut sei, müsse die Pipeline die Erfordernisse des europäischen Rechts erfüllen, betonte Bütikofer. So gebe es etwa das Prinzip des sogenannten Unbundlings (Deutsch: Entflechtung). Dieses besage, dass Gasproduktion und Infrastruktur zur Lieferung nicht in einer Hand liegen dürfe, um Monopole zu verhindern. „Dieses Unbundling hat Gazprom bisher für die Pipeline nicht vorgenommen“, so Bütikofer mit Blick auf Nord Stream 2 und den russischen Gasriesen Gazprom. Zudem müssten laut europäischem Energierecht auch Dritte das Recht haben, in die Pipeline einzuspeisen, wofür Gazprom noch keine Lösung gefunden habe.

Für die Inbetriebnahme ist noch eine Zertifizierung durch die deutschen Behörden notwendig. Wann die Starterlaubnis vorliegt, ist nicht klar. Doch selbst wenn die Bundesnetzagentur den Betrieb genehmigen sollte, könne die EU-Kommission dem Projekt noch einen Strich durch die Rechnung machen, so Bütikofer. Sollte sie valide Argumente sehen, dass eine

möglicherweise positive Entscheidung der Bundesnetzagentur gegen das europäische Energierecht verstößt, könnte die Pipeline laut Bütikofer eine „Investitionsruine“ werden. Die Pipeline war vor wenigen Tagen fertiggestellt worden. Künftig sollen durch die Leitung jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas von Russland nach Deutschland fließen. Bei russischen Nachbarländern wie Polen und den baltischen Staaten stößt das Projekt aber auf große Vorbehalte.

Die USA, die Ukraine und andere Staaten hatten gegen die Pipeline erbitterten Widerstand geleistet. Auf die Frage, ob die Fertigstellung des Projekts vergangene Woche ein großer Triumph für den russischen Präsidenten Wladimir Putin sei, hatte Kremlsprecher Dmitri Peskow gesagt: „Wenn Nord Stream 2 in Betrieb geht, dann sind die Energielieferanten ebenso die Gewinner wie die Verbraucher. Also alle.“



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/13/2894532_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_91a0e2f7c4becec23a5c9e2eabde8b9b.jpg

snnews.de: **Nach Streit um U-Boot-Deal: Frankreichs Außenminister sieht Beziehungskrise mit USA**

Laut dem französischen Außenminister Jean-Yves Le Drian zeugt die Situation um den aufgelösten U-Boot-Vertrag mit Canberra von einer ernsten Krise in den Beziehungen von Paris zu den USA und Australien.

„Die Tatsache, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich unseren Botschafter für Konsultationen zurückrufen, ist ein schwerwiegender politischer Akt, der die Stärke der heutigen Krise zwischen unseren beiden Ländern sowie mit Australien zeigt“, sagte er am Samstag dem Sender „France 24“. Ihm zufolge hat es in der Situation mit der Vertragsauflösung „Doppelzüngigkeit, Verachtung und Lügen“ gegeben.

Durch seinen Schritt habe Australien nicht nur das Vertrauen von Paris, sondern auch von ganz Europa enttäuscht, sagte auch der französische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Clément Beaune, dem Sender.

Wegen des Streits um das geplatze Geschäft hat Frankreich seine Botschafter aus den USA und Australien zu Konsultationen zurückgerufen. Am Freitagabend teilte Le Drian mit, dass dieser außergewöhnliche Schritt auf Wunsch von Präsident Emmanuel Macron unternommen worden sei.

Australien hatte am Donnerstag bekannt gemacht, sich im Rahmen einer neuen Sicherheitsallianz mit den USA und Großbritannien U-Boote mit Atomtrieb beschaffen zu wollen. Frankreich hatte darauf bereits sehr verärgert reagiert und vom zerstörten Vertrauen mit Australien gesprochen. Australiens Entscheidung, statt konventioneller U-Boote mit französischer Hilfe nun nuklearbetriebene U-Boote mit amerikanischer und britischer

Unterstützung zu bauen, bedeutet für Frankreich den Verlust einer 56-Milliarden-Euro-Vereinbarung.

US-Präsident Joe Biden, Australiens Regierungschef Scott Morrison und der britische Premierminister Boris Johnson hatten zuvor eine neue Allianz verkündet, die sich nach Ansicht von Sicherheitsexperten eindeutig gegen die militärische Bedrohung durch China im Indopazifik richtet. Dazu gehört auch der Bau der U-Boote. Biden sprach von sich „rasch entwickelnden Bedrohungen“. In den kommenden 18 Monaten solle ein Weg gefunden werden, damit Australien solche modernen U-Boote bekomme.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/12/3630369_0:169:3073:1897_1920x0_80_0_0_0ac22ba285281ae7b5fba1aea7b987fc.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. September 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Perwomajsk, Molodjoshnoje und Kalinowo-Borschtschewatoje wurden mit Granatwerfern beschossen (40 Granaten).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Migrationskrise an US-Grenze: USA setzen auf Abschiebungen nach Haiti**

Die Zahl aufgegriffener Migranten an der Grenze zwischen Mexiko und den USA ist in den vergangenen Monaten rasant gestiegen. In der US-Grenzstadt Del Rio harren Tausende Migranten aus. Die US-Regierung will vor diesem Hintergrund das Tempo von Abschiebungen erhöhen.

Angesichts Tausender Migranten in der US-Grenzstadt Del Rio setzt die US-Regierung auf schnelle Abschiebungen. Zahlreiche Haitianer und Menschen aus weiteren Ländern haben sich seit der vergangenen Woche unter einer Brücke versammelt, die die USA und Mexiko verbindet. Das US-Heimatschutzministerium kündigte am Samstag an, zusätzliche Transportmittel zu beschaffen, um das Tempo und die Kapazität von Abschiebeflügen nach Haiti zu erhöhen.

Bruno Lozano, der Bürgermeister von Del Rio, hatte zuletzt dringend Hilfe des Bundes angefordert. Lozano sagte, die Migranten stammten überwiegend aus Haiti, kämen illegal ins Land und warteten darauf, von der US-Grenzschutzbehörde aufgegriffen zu werden. Diese sei jedoch angesichts des großen Andrangs überfordert. US-Medien berichten von rund 14.000 Menschen, die in Del Rio unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharrten. Auf Bildern ist zu sehen, wie die Menschen durch knietiefes Wasser wateten und im Schlamm unter der

Brücke, die über den Fluss Rio Grande führt, provisorische Zelte errichteten. Das Heimatschutzministerium will nun Migranten auf andere Orte in der Region umverteilen, um sie schneller abfertigen zu können. Demnach sollen Menschen, die sich unrechtmäßig in den USA aufhalten, ausgewiesen werden. Das Weiße Haus habe die zuständigen US-Behörden angewiesen, mit der haitianischen und anderen Regierungen in der Region zusammenzuarbeiten, um den Menschen nach ihrer Rückkehr Hilfe und Unterstützung zu bieten, so das Heimatschutzministerium.

Zudem betonte das US-Heimatschutzministerium, dass die Mehrheit der Migranten unter der sogenannten Titel-42-Regelung abgeschoben werde. Die unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump aufgrund der COVID-19-Pandemie eingeführte Richtlinie sieht eine schnelle Abschiebung vor. Begründet wird dies mit der Gefahr einer Einschleppung des Coronavirus. Menschenrechtsorganisationen werfen der US-Regierung vor, die Pandemie nur als Vorwand zu nutzen, um Menschen ohne ausreichende Prüfung und Gerichtsanhörung pauschal abzuschieben.

Die Situation an der Grenze wirft ein Schlaglicht auf die Einwanderungspolitik von US-Präsident Joe Biden. Die Zahl aufgegriffener Migranten an der US-Südgrenze ist in den vergangenen Monaten rasant gestiegen. Während einige demokratische Abgeordnete Bidens Regierung auffordern, die Abschiebeflüge nach Haiti sofort zu stoppen, werfen Republikaner Biden hingegen eine zu laxen Politik an der US-Grenze zu Mexiko vor.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6146dff4b480cc426733922e.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. September 3:00 Uhr bis 19. September 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Krutaja Balka, Nowolaspa.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 35.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Parlamentswahl in Russland: YouTube sperrt Protestwahlvideo von Alexei Nawalnys Team

Am Sonntag erreicht die dreitägige Parlamentswahl in Russland die Zielgerade. Am ersten Tag des Urnengangs haben Gegner der Regierungspartei Einiges Russland auf YouTube ein Video mit Wahlempfehlungen veröffentlicht. Nun ist es auf Forderung der russischen Behörden gesperrt.

Der 19. September ist der letzte Tag der dreitägigen Parlamentswahl in Russland. Über 110 Millionen Bürger sind aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Um die 450 Plätze in der Staatsduma, dem Unterhaus des russischen Parlaments, wetteifern 14 politische Parteien: Über Parteilisten werden 225 Mandate vergeben, weitere 225 Abgeordnete werden in Einzelwahlkreisen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt.

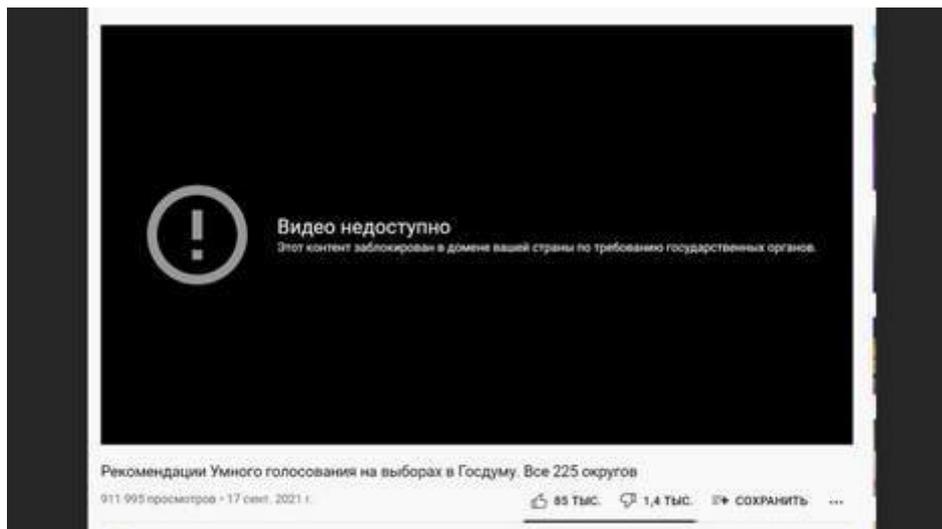
Um die Regierungspartei Einiges Russland am Einzug in die Staatsduma zu hindern, hat das Team des oppositionellen Bloggers Alexei Nawalny am ersten Tag der Abstimmung auf YouTube ein Video mit Wahlempfehlungen veröffentlicht. Es enthielt Namen von Kandidaten in Einzelwahlkreisen, die nach Angaben der Verfasser die besten Chancen hätten, sich gegen die Kandidaten der Regierungspartei durchzusetzen. Am Samstagabend wurde der Clip jedoch von YouTube gesperrt.

Wie die Tochtergesellschaft des IT-Konzerns Google erklärte, sei der Inhalt in Russland auf Forderung der einheimischen Behörden gesperrt worden. Die Verfasser der Wahlempfehlungen kritisierten die Entscheidung der Videoplattform als einen groben Akt der Zensur. Die russischen Behörden hatten die Wahlempfehlungen von Nawalnys Team zuvor als Einmischung in die Wahl kritisiert und betont, dass Wahlwerbung während der Abstimmung verboten sei.

Bereits am Freitag hatten Google und das IT-Unternehmen Apple aus ihren russischen Stores Nawalnys Apps entfernt, nachdem die russischen Behörden den IT-Konzernen Strafen angedroht hatten. Am Samstag teilte auch Telegram-Gründer Pawel Durow mit, er habe die Bots zu dem sogenannten "klugen Wählen" blockiert. Auf Twitter liefen die Wahlempfehlungen am Sonntag noch weiter.

Nawalny war am 17. Januar 2021 am Moskauer Flughafen Scheremetjewo verhaftet worden – gleich nach seiner Rückkehr aus Deutschland, wo er eine medizinische Behandlung nach einem angeblichen Giftanschlag erhalten hatte. Anfang Februar hob ein Gericht in Moskau Nawalnys Bewährungsstrafe im sogenannten "Yves Rocher"-Fall wegen mehrfacher Verstöße gegen die Bewährungsauflagen auf und wandelte sie in eine reguläre Gefängnisstrafe von dreieinhalb Jahren um. Inzwischen wurden drei weitere Ermittlungen wegen weiterer Vergehen gegen den Politblogger eingeleitet.

Anfang Juni stufte ein Gericht in Moskau mehrere von Nawalnys Organisationen, darunter seine Anti-Korruptions-Stiftung FBK, als extremistisch ein. Die Behörden verwiesen darauf, dass diese Organisationen russische Bürger, darunter Minderjährige, zu Gewalt und Massenunruhen aufgerufen hätten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6146d33b48fbef4bce52a7e5.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. September um 9:00 Uhr 11.432 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 8637 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 1123 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 18. September wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 19. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 62.143 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
7827 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 49.749 als gesund entlassen, es gibt 4567 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 188 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 119 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 117 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2975 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 986 mit Sauerstoffunterstützung (+82 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

de.rt.com: Parlamentswahl in Russland: Wahlbeteiligung übertrifft 40 Prozent

Am Sonntag endet in Russland die dreitägige Wahl für die Staatsduma. Um die 450 Sitze im Unterhaus des russischen Parlaments wetteifern 14 politische Parteien. Erste Ergebnisse werden um 20 Uhr MESZ erweitert, nachdem die Wahllokale im Gebiet Kaliningrad geschlossen haben.

Russland wählt den dritten Tag in Folge ein neues Parlament. Wahlberechtigt sind rund 110 Millionen Bürger, die ihre Stimme für eine der 14 politischen Parteien und einen Abgeordnetenkandidaten im jeweiligen Einzelwahlkreisen abgeben können. Neben der Staatsduma werden auch zahlreiche Regional- und Stadtparlamente gewählt. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission erhalten Wähler in einigen Regionen bis zu neun verschiedene Wahlzettel.

Die stärksten Parteien, die um die 450 Sitze im Unterhaus des Zwei-Kammern-Parlaments wetteifern, sind:

- [Einiges Russland](#),
- [Die Kommunisten](#),
- [Gerechtes Russland](#),
- [Die Liberaldemokraten](#).

Die Abstimmung verläuft nicht nur im Inland. Mehrere Wahllokale haben auch im Ausland geöffnet. So hat RT-Korrespondent Murad Gasdijew seine Stimme in der russischen Botschaft in Kabul abgegeben. Er hätte nach eigenen Angaben niemals gedacht, dass er jemals im von den Taliban regierten Afghanistan votieren würde. Außer ihm hätten sich an dem Urnengang russische Diplomaten und Afghanen mit russischer Staatsbürgerschaft beteiligt.

Vor einigen ausländischen Wahllokalen, wie zum Beispiel in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek, bildeten sich vorübergehend lange Schlangen. Innerhalb von vier Stunden stimmten dort mehr als 2.000 Menschen ab.

Zwei Wahllokale öffneten auch in der russischen Botschaft in Berlin. Nach Angaben der diplomatischen Vertretung kann man dort seine Stimme bis 20 Uhr MESZ abgeben. In Österreich stimmten bis 12 Uhr MESZ 232 Menschen in den zwei Wahllokalen in Wien und Salzburg ab.

Inzwischen erreichte die allgemeine Wahlbeteiligung 40,49 Prozent. Viele Menschen gaben ihre Stimme elektronisch ab. In der russischen Hauptstadt Moskau waren es fast zwei Millionen Menschen. Um 12 Uhr MESZ war der Urnengang in einigen Regionen des Landes mit elf Zeitzonen bereits zu Ende.

Die Zentrale Wahlkommission berichtete bislang von acht bestätigten Fällen, in denen man Stimmzettel paketweise in die Urnen gestopft hatte. Wie die Leiterin der Wahlbehörde Ella Pamfilowa am Sonntagmorgen bekannt gab, seien diese Fälle in sechs Regionen des Landes registriert worden. Insgesamt seien knapp 7.500 Stimmzettel für nichtig erklärt worden. Die Wahlbehörde kündigte Ermittlungen an und versprach, weitere Beschwerden zu prüfen. Erste offizielle Ergebnisse werden erst nach 20 Uhr MESZ erwartet, nachdem die letzten Wahllokale im Gebiet Kaliningrad geschlossen haben. Nach dem russischen Recht ist jegliche Wahlwerbung während der Abstimmung streng untersagt. In dieser Zeit dürfen auch keine Ergebnisse von Nachwahlbefragungen veröffentlicht werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6147248a48fbef4c2d132954.jpg>

Armiyadnr.su Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 19.09.2021
In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 25. Brigade **Krutaja Balka** mit 120mm-Mörsern beschossen und 17 Mörsergeschosse abgefeuert.

In Richtung Gorlowka haben Strafruppen der 10. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Granatwerfern beschossen und sieben Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kriegsverbrecher der 93. Brigade **Nowolasp**a mit Mörsern beschossen und elf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko **Wesjoloje** mit Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgsturmgrade:

zwei Abwehrraketenkomplexe „Osa“ am Rand Konstantinowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Antipanzernraketenkomplex 9P149 „Schturm-S“ am südlichen Rand von Wesjoloje.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgsturmgrade:

ein Abwehrgeschütz 3SU-23-4 „Schilka“ in einem Wohngebiet von Tschernenko.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 93. Brigade zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet Prochorowka zu blockieren.

Trotz der regelmäßigen Kommissionskontrollen des Verteidigungsministeriums der Ukraine und des Kommandos der OOS auf Vorhandensein und Buchführung von materiellen Mitteln in den Verbänden wächst die Zahl der Fälle von **Diebstahl von teurem militärischen Material** weiter an. Um solche Fälle zu minimieren und im Zusammenhang mit dem Misstrauen gegenüber den Berichten der Bataillonskommandeure, nutzt das Kommando der Brigade nicht standardgemäße Methoden, um das Vorhandensein von Material zu kontrollieren. So forderte der Kommandeur der 128. Brigade Gontscharuk von den Bataillonskommandeuren, ihm Fotos zur Bestätigung des Vorhandenseins von Nachtsichtgeräten und Visieren, die von den USA im Rahmen der Militärhilfe geliefert worden waren, vorzulegen, auf denen deren Nummern und das Datum der Aufnahme festgehalten sind.

Die Notwendigkeit einer solchen Kontrolle kam auf, nachdem der Brigadekommandeur Gontscharuk von Mitarbeitern des SBU Informationen über 14 Fälle von Diebstahl von amerikanischen Geräten und Visieren erhalten hat, die im weiteren verkauft wurden. Nach der Bestätigung der Fälle von Diebstahl wies der Kommandeur der 128. Brigade an, das fehlende militärische Material auf Kosten des gesamten Personals der Einheiten, in denen es Verluste gab, zu ersetzen.

Eine analoge Situation entstand auch in der 93. Brigade. Der Kommandeur des Verbandes Brishinskij entlässt Soldaten nach Ende ihres Vertrags nur nach einem persönlichen Gespräch, bei dem er den Soldaten versucht zu überreden, den Vertrag zu verlängern. Im Falle einer Weigerung fordert er die Wiederbeschaffung oder die Reparatur des den Soldaten zugeordneten Materials, darunter auch Technik, und bringt so das zu entlassende Personal in finanzielle Abhängigkeit. Diese Forderungen erstrecken sich auch auf Soldaten, die in den planmäßigen Urlaub gehen. Seit Anfang September wurden in dem Verband etwa 50

Anzeigen an die Militärstaatsanwaltschaft mit Beschwerden über nicht rechtmäßige Handlungen des Brigadekommandeurs festgestellt.

snews.de: **Bericht: Israelischer Roboter tötete 2020 Gründer iranischen Nuklearprogramms Fachrizadeh**

Der am 27. November 2020 ermordete Wissenschaftler Mohsen Fachrizadeh, der als Gründer des iranischen Nuklearprogramms gilt, ist laut einem neuen Bericht der „New York Times“ angeblich von einem bewaffneten Mossad-Roboter mit künstlicher Intelligenz und zahlreichen Kameras getötet worden.

Obwohl kein Staat und keine Organisation offiziell die Verantwortung für diese Ermordung übernahm, deutete der Ex-Mossad-Chef (Mossad – Israels nationaler Aufklärungsdienst – Anm. d. Red.) auf die Beteiligung von Tel Aviv hin. Dem Bericht zufolge wurde der Wissenschaftler in einem Hinterhalt von einem Mossad-Scharfschützen getötet, der mithilfe einer Satelliten-Technologie von einem unbekanntem Ort aus in weiter Entfernung operierte. Die Kugeln wurden aus einem Maschinengewehr in einem kamerabeladenen Pickup abgefeuert.

Die neu aufgetauchten Details zum Attentat widersprechen den Medienberichten in den Tagen nach dem tödlichen Vorfall. Zunächst, nach der Tötung, verbreiteten die Nachrichtenagenturen eine Version, in der behauptet wurde, die Ermordung sei von einem großen Killerkommando durchgeführt worden und nicht identifizierte Zeugen der Tötung erklärten, sie hätten in dieser Gegend ein gewaltsames Feuergefecht gehört.

Die „New York Times“ behauptet jedoch, dass ein bewaffneter Roboter verwendet worden sei, um Fachrizadeh umzubringen. Der Einsatz einer waffengestützten Technologie hätte es dem Bediener ermöglicht, sein Ziel genau zu treffen, während Fachrizadehs Frau auf dem Beifahrersitz neben ihm unverletzt geblieben sei.

Dem Bericht zufolge identifizierten die Kameras des bewaffneten Roboters Fachrizadeh und bestimmten seinen Standort im Fahrzeug, auf dem Fahrersitz neben seiner Frau, und übermittelten diese Daten an den Betreiber. Innerhalb einer Minute nach dem ersten Schuss war das Attentat beendet. Der Betreiber soll 15 Schüsse auf den Wissenschaftler abgefeuert haben, der in den Armen seiner Frau starb.

Tel Avivs Plan, Fachrizadeh zu ermorden, war der Zeitung zufolge jahrelang durchgearbeitet worden, wobei zahlreiche Pläne auf einer unbewiesenen israelischen Annahme beruhten, dass er ein Atomwaffenrennen im Iran anführte. Als klar wurde, dass der damalige US-Präsident, Donald Trump, nicht wiedergewählt würde, wurde die Strategie aggressiver. Denn israelische Geheimdienste glaubten, dass US-Präsident Joe Biden zum Iran-Atomabkommen zurückkehren würde. Wenn Israel einen hochrangigen iranischen Beamten töten wollte, waren die Zustimmung und der Schutz der USA erforderlich, da der US-Präsident Donald Trump und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu öffentlich ähnliche Ansichten über den Iran teilten.

„Das bedeutete, zu handeln, bevor Herr Biden sein Amt antreten konnte. Im besten Szenario von Herrn Netanjahu würde die Ermordung jede Chance auf die Wiederbelebung des Atomabkommens zunichtemachen, selbst wenn Herr Biden gewinnen würde“, so die Zeitung. Fachrizadeh wurde angeblich von den speziellen Diensten vor einem bevorstehenden Attentat gewarnt und aufgefordert, nicht zu reisen. Aber der Wissenschaftler weigerte sich, weil er am nächsten Tag Unterricht an der Universität Teheran erteilen wollte.

Die Zeitung behauptet, die Mörder hätten den inneren Kreis des Wissenschaftlers infiltriert, um die Route und die Zeit von Fachrizadehs Reise vorherzusagen.

Fachrizadehs Sohn Hamed war im Haus der Familie in Absard, als er einen Notruf von seiner Mutter erhielt. Er erreichte innerhalb von Minuten den Ort, den er als einen „totalen Krieg“ bezeichnete.

„Es war kein einfacher Terroranschlag, bei dem jemand kam, eine Kugel abfeuerte und

wegrannte“, sagte er später im Staatsfernsehen. „Seine Ermordung war viel komplizierter als Sie wissen und denken. Er war der iranischen Öffentlichkeit unbekannt, aber diejenigen, die Feinde der iranischen Entwicklung sind, kannten ihn sehr gut.“



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/13/3633183_0:0:1051:591_1920x0_80_0_0_024334fc9420de9100737f8ee2c4df03.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung eines offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen in Katerinowka aus **Molodjoshnoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Außerdem haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Popasnaja aus **Perwomajsk** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen, von den Positionen im Gebiet von Nowoalexandrowka aus wurde **Kalinowo Borschtschewatoje** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

de.rt.com: "Zukunft der Arbeiterklasse": Bloomberg singt Loblied auf Amazons "Fabrikstädte"

Amazons riesige neue Distributionszentren, die bald von einer für die Arbeiter errichteten Infrastruktur umgeben sein sollen, werden mit Firmenstädten aus dem Goldenen Zeitalter verglichen. Während viele über diese Idee entsetzt sind, wird sie von Milliardären gelobt. Das von Jeff Bezos gegründete E-Commerce-Imperium bietet der US-amerikanischen Arbeiterklasse eine bessere Möglichkeit, als sich in immer teureren Städten durchzuschlagen, schrieb der Anlageberater Conor Sen am Freitag in einem Beitrag für Bloomberg.

Namensgeber des Finanznachrichtenmediums ist der Milliardär, ehemalige New Yorker Bürgermeister und gescheiterte US-Präsidentschaftskandidat Mike Bloomberg.

"Nennen wir sie 'Fabrikstädte'", schlägt Sen vor, offenbar im Bestreben, die mit dem Konzept der "Unternehmensstädte" verbundenen Probleme zu vermeiden. Im späten 19. Jahrhundert

waren diese bei den neuen Megakonzernen – Eisenbahnen, Stahlwerke und dergleichen – sehr beliebt. Viele dieser Wohngemeinschaften hielten die Arbeiter jedoch wie Gefangene, bezahlten sie mit Scheinen, die nur in den firmeneigenen Geschäften eingelöst werden konnten, und setzten Gruppen privater Sicherheitsdienste und Detekteien ein, um jeden Versuch einer gewerkschaftlichen Organisierung zu unterbinden.

Amazons "Fabrikstädte" hingegen – so schreibt Sen weiter – zeichnen sich angeblich durch steigende Löhne, massive Arbeitsplatzsicherung und das Potenzial für eine "höhere Erfolgswahrscheinlichkeit" bei der "Lösung von Ungleichheit" aus als "Hochkosten-Metropolen". Er ist der Meinung, dass diese gefördert werden sollten, und bezeichnet diese "Bezovilles" an einer Stelle sogar als die "Zukunft eines großen Teils der Arbeiterklasse". Der Autor wartet bis zum Schluss seines Lobliedes, um die "neuen Probleme" anzuerkennen, die "angegangen werden müssen" – kleine Details wie "angemessene Mengen an Wohnraum, Schulen und Gesundheitseinrichtungen".

Sen ist bekannt für seine der herrschenden Klasse wohlgesonnenen Äußerungen, zu denen kürzlich auch ein Aufruf an die US-Amerikaner gehörte, die Idee der "Build-to-Rent"-Gemeinschaften anzunehmen, anstatt sich um das einst übliche Ideal des Eigenheims zu bemühen. Viele Nutzer der sozialen Medien konnten jedoch nicht umhin zu bemerken, dass es eines Finanziers bedurfte, der für ein Nachrichtenorgan eines Milliardärs schreibt, um überhaupt etwas Nettes über Amazons stille Eroberung der wachsenden Räume zwischen den US-Städten zu schreiben – und über die Menschen, die diese Räume ein Zuhause nennen. Ein Kommentator twitterte:

"Zwei von zwei Milliardären sind sich einig."

Andere regten sich darüber auf, dass Amazon, das in der COVID-19-Pandemie – die Millionen von Menschen das Leben kostete – Milliarden von US-Dollar verdiente und legendär für seine engen Zeitpläne ist, die Arbeiter zwingen, sich in Plastikflaschen zu erleichtern, als Freund der Arbeiterklasse präsentiert wird.

Einige sahen das Unternehmen auf dem Weg zu "The Warehouse", einer dystopischen, aber zunehmend realistischen Darstellung des modernen US-amerikanischen Megakapitalismus, wie er von einer Amazon-ähnlichen Firma namens "Cloud" praktiziert wird. Wiederum andere führten ihre kulturellen Bezüge auf die Ära der ursprünglichen "Unternehmensstädte" zurück. Amazon hat vor Kurzem eine Erhöhung des Einstiegslohns – von 17 US-Dollar pro Stunde auf etwa 18 US-Dollar pro Stunde – angekündigt, um Arbeitnehmer anzuziehen, die die Pandemie ausgesessen haben und nun Arbeit brauchen. Berichten zufolge plant das Unternehmen die Einstellung weiterer 125.000 Mitarbeiter in den USA und setzt ungewöhnlich großzügige Vergünstigungen wie saftige Antrittsprämien und Studienbeihilfen ein, um die Arbeitssuchenden davon zu überzeugen, dass es eine bessere Wahl ist als Walmart oder andere Megahändler.

Amazons Ruf als Gewerkschaftszerstörer – der in einem denkwürdigen Fall Berichten zufolge so weit ging, dass die Ampelschaltung vor einem Lagerhaus geändert wurde, um die Beschäftigten daran zu hindern, über ihre Organisationsbemühungen zu diskutieren – sowie die unheimliche Kontrolle des Aussehens der Beschäftigten und die schlampigen Versuche, die Geschichten der Beschäftigten über das "Pinkeln in Flaschen" zu widerlegen, haben das Unternehmen jedoch zu einer ausgesprochen unsympathischen Erscheinung im Klassenkampf gemacht.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6145d8cd48fbef6aa749c4e6.JPG>

snanews.de: **Sekunden vor Drohnenangriff in Kabul: CIA gab Hinweis auf Kinder im Auto**

Der US-Geheimdienst CIA hat laut einem Medienbericht wenige Sekunden vor dem US-Drohnenangriff am 29. August, der auf eine Gruppe von Selbstmordattentätern des „Islamischen Staates“ (IS) in einem Fahrzeug abgezielt war, davor gewarnt, dass im Auto auch Kinder sein könnten.

„Es war zu spät: Die Warnung am 29. August kam Sekunden bevor die Rakete das Auto traf und zehn Zivilisten tötete, darunter sieben Kinder“, berichtete der TV-Sender CNN unter Verweis auf eigene Quellen.

Es bleibe unklar, ob das Militär den Geheimdienst über seine Entscheidung informiert habe, die Rakete abzufeuern, hieß es weiter.

Kurz vor dem Rückzug aus Afghanistan haben die US-Truppen mit einer Drohne ein Kraftfahrzeug vernichtet, in dem sich nach US-Angaben Sprengstoff sowie eine Gruppe von Selbstmordattentätern befunden hätte. Es hatte bereits zuvor Berichte über tote Zivilisten bei dem Angriff am 29. August gegeben. Das US-Militär hatte Aufklärung angekündigt.

Pentagon-Sprecher John Kirby erklärte zunächst, dass das US-Militär keine Zweifel an der Richtigkeit des Luftangriffs auf das Auto in Kabul habe. Das Militär verwies dabei auf die Notwendigkeit, abzuwarten, bis die Aufklärung abgeschlossen sei.

General Kenneth McKenzie, der das US-Zentralkommando Centcom führt, hat jedoch am Freitag bestätigt, dass bei dem US-Drohnenangriff auch zehn Zivilisten getötet wurden.

Unter den Opfern waren den Angaben zufolge neun Mitglieder einer Familie, darunter sieben Kinder. McKenzie beschrieb den Angriff als tragischen Fehler und betonte, es sei „unwahrscheinlich“, dass die Familie mit Isis-K, einem Ableger der Terrormiliz Islamischer Staat (IS), in Verbindung gestanden oder eine Bedrohung für die US-Streitkräfte dargestellt habe. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/1e/3409096_0:92:3073:1820_1920x0_80_0_0_2200a7118994be66bcf1a3543faf4fcd.jpg

abends:

lug-info.com: Etwa 150.000 Einwohner des Donbass, die die russische Staatsangehörigkeit erhalten haben, haben elektronisch an den Wahlen zu Staatsduma teilgenommen. Die Einwohner der DVR und der LVR, die an den Wahlen an dafür vorgesehenen Wahllokalen in der Oblast Rostow teilgenommen haben, sind hier noch nicht mitgezählt. Dies teilte gegenüber TASS der Vorsitzende der Kommission des Rats für Menschenrecht für internationale Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte Kirill Wyschinskij mit.